

Kreisblatt des
Stadtkreises Bocholt.
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes
von Borken.
Organ
der Zentrumspartei.

Volksblatt

Verlag: Bocholt.
Redaktion: Bocholt.
Druck: Bocholt.
Vertrieb: Bocholt.

Nummer 276

Samstag, den 8. Oktober

Jahrgang 1927

Abgeordnete und Wahlrecht.

Von

Abgeordneten Andre. Stuttgart.

Auf der jüngsten Tagung der badischen Zentrumspartei wurde bedauert, daß die Wahlreform im Reich nicht vorangebracht werde. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der neue Reichstag nochmals unter dem jetzigen Wahlrecht gewählt werden.

Der Vorstoß des badischen Zentrums ist berechtigt. Unter dem jetzt bestehenden Wahlrecht wird nicht nur der Bildung neuer Partei- und Interessengruppen der Weg geebnet, sondern es geht auch die notwendige lebendige Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählerschaft weitgehend verloren.

Das frühere Wahlrecht mit seinen Haupt- und Stichwahlen hatte auch große Mängel, aber es gab doch jedem Wahlkreis seinen Abgeordneten; taugte er nichts, dann floß er bei der nächsten Wahl im Regelfalle. Jetzt braucht der einzelne Abgeordnete oder neue Kandidat nur eine starke Wirtschaftsgemeinschaft hinter sich zu haben und in seinen Vertriebsstellen möglichst einseitig und radikal aufzutreten, und er erbringt damit den Beweis, daß er das Zeug für einen tüchtigen „Volksvertreter“ in sich hat. Ob es aber auch ein wirklich begeisterter und opferbereiter Parteigänger ist, der den Mut hat, in seinen eigenen Vertriebsstellen unpopulär zu sein oder zu sein, weil die Interessen des ganzen Volkes für ihn ausschlaggebend sind, wird vielfach als weniger wichtig angesehen.

Vor einigen Tagen war ein Vertreter einer Ständeorganisation bei mir, um zu sondieren, ob bei der Landtagswahl in Württemberg im Jahre 1928 nicht ein mit Namen genannter Herr Kandidat beim Zentrum in auskömmlicher Stellung werden könne. Auf meine bescheidene Frage: „Wie viele Versammlungen hat der Betreffende denn schon fürs Zentrum gehalten oder was hat er sonst getan“, erhielt ich zur Antwort: „Wenn der Herr X. gewählt wird, ist er natürlich auch bereit, für die Partei tätig zu sein.“ Also zuerst das Mandat und dann die Arbeit für die Partei? Früher war's anders; zuerst die Parteiarbeit und dann das Mandat!

Bei der Ueberfülle der gesetzgeberischen Arbeiten in den letzten neun Jahren hat sich ganz von selbst im parlamentarischen Betrieb ein gewisses Spezialistentum herausgebildet. Wer Spezialist sein will, der muß ein gewisses Gebiet besonders beherrschen. Das Spezialistentum in der Politik und im Parlament darf aber nicht dahin führen, daß die Kenntnis der Zusammenhänge verloren geht. Das Spezialgebiet darf nicht übersehen werden, sondern es muß den großen Ganzen ein- und untergeordnet werden.

Auch in der Parteiarbeit im Lande draußen sollen wir immer mehr auf dieses Spezialistentum. Die Verankerung geschieht nicht mehr, oder nur wenig in den allgemeinen Parteiversammlungen, sondern auf Tagungen der Stände- und Berufsvereine jedweder Art. Wenn es daran geht, Kandidaten aufzustellen, dann ist die Partei recht; wenn es aber gilt, in öffentlichen Versammlungen für die Partei zu werben oder ihre Politik zu vertreten, dann fehlt allzuoft die Zeit oder der Wille hierzu. Die Ständevereine aber, in die man geht und die das Sprungbrett für das Mandat bieten, wollen keine Parteivereine oder Organisationen sein. Sie vertreten ihre einheitlichen Ständesinteressen — berechnete und zu weit gehende — und wer nicht ihre Wünsche reiflos billigt, wird verdammt.

Diese Entwicklung wird weiter gehen; sie führt zu einer Ueberwucherung der Wirtschaftsfragen und der Ständesinteressen im ganzen öffentlichen Leben unseres Volkes und zur Vernachlässigung der großen außen- und innenpolitischen Fragen, von deren guter Lösung auch die Lösung der einzelnen Ständewünsche im wesentlichen abhängt.

Was ich hier ausgeführt habe, geht alle Parteien an; die Zentrumspartei ist wenigstens weitestgehend auch noch gebunden, aber auch bei ihr pochen die Interessengruppen an die Türe. Sie alle haben Forderungen und üben viel Kritik; wenn es aber gilt, ernsthaft für die Zentrumspartei einzutreten, ist man da und dort überparteilich, neutral!

So beginnt das eigentliche politische Leben zu verflachen und zu veranden. Mancher Abgeordnete wird zum einsitzigen Ständesvertreter, während er doch als Volksvertreter gewählt ist. In dieser durch das geltende Wahlrecht begünstigten und geförderten Entwicklung liegen die schwersten Gefahren für den Parlamentarismus überhaupt.

Findet der Reichstag nicht Zeit, Kraft und Mut, das Wahlrecht rechtzeitig zu ändern, dann — und nur dann — wird auch die Frage der Errichtung einer Diktatur in Deutschland früher oder später akut werden.

Anleihe- und Währungsfragen.

Der Kabinettsrat über die Auslandsanleihe.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 7. Oktober. (Draht.)

Zur Beratung des Problems der Auslandsanleihe trat am Freitag nachmittag das Kabinettsrat zu einer Sitzung zusammen, an welcher auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilnahm. Die Frage ist bekanntlich durch die Preussische Dollar-Anleihe akut geworden. Bereits am Donnerstag hatte es sich bei der Kabinetts-sitzung um daselbe Thema gehandelt. Wie man weiß, ist der Reichsbankpräsident im Rahmen seiner Finanzpolitik bestrebt, den Zuzug ausländischen Kapitals nach Deutschland möglichst einzudämmen. Er hat demgemäß den Wunsch geäußert, daß Auslandsanleihen nur dann genehmigt werden sollen, wenn sie von der Beratungsgemeinschaft einstimmig gutgeheißen würden. Ferner hat Dr. Schacht, wie verlautet, eine Verfassungsinstanz vorgeschlagen, deren Aufgaben vom Kabinettsrat wahrgenommen werden sollen. Wie man in Erfahrung bringen konnte, war das Kabinettsrat von einem einheitlichen Willen befeuert, der sich dahin äußerte, daß die sogenannten Richtlinien der Beratungsgemeinschaft für Auslandsanleihen beim Reichsfinanzministerium verschärft werden sollen und zwar in der Richtung, daß der produktive Charakter der Auslandsanleihen in Zukunft noch sorgfältiger geprüft werden sollte als bisher. Um Meinungsverschiedenheiten künftig vorbeugen, sollen eingehende Beratungen der Reichsbank mit dem Reichsfinanzministerium in jedem Falle vorausgehen, damit jeweils ein vorheriges Einverständnis gesichert ist. Es kann also gesagt werden, daß künftig Auslandsanleihen nur zugelassen werden, wenn das deutsche Wirtschaftsleben sie unbedingt erfordert. Besonders im Hinblick auf die Entwicklung der Börse wird man diese Regelung begrüßen können. Denn das Kursniveau war hauptsächlich mit Kreditgeldern verknüpft worden und gab so ein vollkommen falsches Bild von der Stärke des deutschen Wirtschaftslebens. Hoffentlich werden durch die schärferen Richtlinien der Beratungsgemeinschaft die bisherigen Auswüchse beseitigt.

Der Bericht über die Kabinetts-sitzung.

W.B. Berlin, 7. Okt. Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers fand heute nachmittag in der Reichskanzlei eine eingehende Aussprache des Kabinetts unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten und des Generaldirektors der Deutschen Reichsbankgesellschaft über die Frage der Auslandsanleihe statt. Bei dieser Aussprache wurde eine völlige Einmütigkeit darüber erzielt, daß für Deutschland in der nächsten Zukunft die Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen nicht entbehrt werden könne und wirtschaftlich und finanzpolitisch durchaus berechtigt sei. Ferner herrschte darüber Übereinstimmung, daß jede unter Berücksichtigung der heutigen Gesamtlage nicht dringliche oder unwirtschaftliche Ausgabe in Deutschland, sei es aus Auslandsanleihen oder aus anderen Quellen, unbedingt zu vermeiden sei. Um diese Gesichtspunkte in die Wirklichkeit zu übertragen, wurde eine Ausgestaltung der Beratungsgemeinschaft für Auslandsanleihen ins Auge gefaßt. Es soll insbesondere die Möglichkeit geschaffen werden, Bedenken, die bei der Antragstellung aufkommen, durch erneute, mit besonderen Sicherheiten versehene Prüfung, Rechnung zu tragen. Hierüber wird unter Mitwirkung der Reichsbank mit den Ländern, die auch seiner Zeit mit der Reichsregierung die Richtlinien der Beratungsgemeinschaft vereinbart haben, alsbald Fühlung genommen werden.

Kein Rücktritt Dr. Schachts.

Berlin, 7. Oktober. Die Gerüchte, wonach der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Schacht, sein Amt zurücktreten würde, haben, entgegen den, wie W. Z. B. Handelsdienst erfährt, jeder Grundlage. Sie werden von berufener Seite als vollkommen unfundiert bezeichnet.

Abschluß der Auslandsanleihe der Deutschen Landesbankzentrale.

Berlin, 7. Oktober. Der Verband Deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten und die Deutsche Landesbankzentrale haben die Verhandlungen über die Ausgabe der von der Beratungsgemeinschaft genehmigten sechs-

war. Von Jahr zu Jahr lernte man sich gegenseitig besser kennen und verstehen. Das war ein gutes und richtiges Verhältnis!

Und heute? Seit 1919 bin ich Abgeordneter für das ganze Land Württemberg und des Regierungsbezirks Hohenzollern. Der Wahlbezirk ist viel zu groß; die Ueberlastung mit einer Fülle von Kleinarbeit, die auch eine größere Verammlungstätigkeit unmöglich macht, zu stark; eine geordnete Vertretung, ein gegenseitiges Vernehmen ist nicht mehr möglich. In keine Ortschaft komme ich als Abgeordneter kaum mehr, oder nur noch selten, hinein. Parteitage und größere Bezirksversam-

plungen geben das Sprachrohr ab, um mit der Wählerschaft überhaupt in Fühlung zu kommen oder zu bleiben. Die eifrigen Parteianhänger erscheinen bei diesen größeren Tagungen, die anderen aber bleiben zu Hause und warten, bis der Abgeordnete zu ihnen kommt. Wie soll ich aber als Abgeordneter in etwa 900 Gemeinden Württembergs und Hohenzollerns wohnen, herumkommen, Versammlungen halten können? Das ist eine Unmöglichkeit! Dann kommen die Vorwürfe: „Du und kommen Sie nicht!“ „Wir haben Sie auch gewählt!“ „Sie gehen ja nur noch in die Städte!“ „Wie können Sie immer wie-

Vor Verhandlungen der Commerz- und Privatbank.

Berlin, 7. Oktober. Gerücheweise verlautet, daß die Commerz- und Privatbank in ähnlicher Form wie die Deutsche Bank eine Amerika-Anleihe in Höhe von 125 Millionen Mark abgeschlossen hat. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ hierzu erfährt, eilt diese Nachricht den Tatsachen voraus. Eine derartige Anleihe ist zwar noch nicht abgeschlossen, doch stehen die Verhandlungen nicht vor dem Abschluß. Die Höhe der Anleihe dürfte jedoch kaum über 20 Millionen Dollar hinausgehen.

Die kommunalen Auslandsanleihen.

Berlin, 7. Okt. Nachdem der Reichsfinanzminister kürzlich mit einigen Vertretern der Großstädte über die Frage der kommunalen Auslandsanleihen Besprechungen geführt hat, sollen diese Besprechungen, die bisher nur vorbereitenden Charakter hatten, demnächst auf offizieller Grundlage wieder aufgenommen werden. Bei den kommunalen entscheidenden Beratungen werden jedoch nicht nur Vertreter des Deutschen Städtebundes, sondern auf ihren Antrag auch die übrigen kommunalen Spitzenverbände vertreten sein, damit die einzelnen verschiedenartig gelagerten Verhältnisse gleichmäßig berücksichtigt werden können.

Zinserhöhung bei der deutschen Rentenbankkreditanstalt.

Berlin, 7. Okt. Im Anschluß an die Reichsbankkreditanstalt hat die Deutsche Rentenbankkreditanstalt am 1. November den Zinssatz für die von ihr ausgegebenen kurzfristigen Personalkredite um 1 Prozent erhöht. Nicht erhöht wird der Zinssatz der im November 1927 zurückzufahrenden sogenannten Abwicklungskredite und der für Sonderkredite, die in der Form von Personalkredit, Kleinbankkredit und Umschuldungskredit auf längere Zeit gegeben sind. Der Höchstzinssatz, den der Kreditgeber für diejenigen Kredite, für die eine Zinserhöhung eintritt, zu zahlen hat, beträgt einschließlich Provisionen 9 1/2 Prozent.

Die polnische Auslandsanleihe erneut gescheitert.

Warschau, 7. Okt. Wie wir von verschiedenen privaten Stellen übereinstimmend erfahren, ist die polnische Auslandsanleihe tatsächlich wiederum gescheitert. Die Verhandlungen sind abgebrochen worden. Eine offizielle Verlautbarung über diese Angelegenheit ist bis heute nicht erfolgt. — Den ganzen Tag über haben heute Besprechungen innerhalb der polnischen Regierung über eine eventuelle Wiederaufnahme der Verhandlungen stattgefunden. Das amerikanische Konsortium hat der Regierung endgültig erklärt, daß es über einen Emissionskurs von 90 Proz. nicht hinausgehen werde. Die delegierten Monnet und Fisher beabsichtigen, am Sonntag Warschau zu verlassen. — Die nationaldemokratischen Zeitungen „Kurjer Powszanski“ in Posen und „Gazeta Wyborcza“ in Bromberg wurden heute nachmittag beschlagnahmt wegen eines Artikels über den Abbruch der amerikanischen Anleiheverhandlungen und wegen Veröffentlichung einer Nachricht über die angebliche Demission des polnischen Finanzministers.

Kein neuer Russenkredit.

Berlin, 7. Okt. Wie mitgeteilt wird, ist ein Antrag auf einen Reichsgarantie für einen neuen 120-Millionen-Russenkredit noch nicht bei der Reichsregierung eingegangen. Es kann daher dazu noch keine Stellung genommen werden.

der auf Bauernversammlungen reden und zu uns in die Stadt kommen Sie nicht!“ Das ist so ein kleines Spiegelbild! Solche Vorwürfe bedrücken mich; sie sind berechtigt, gesehen vom Standpunkt der einzelnen Gemeinde, des einzelnen Bezirks; unberechtigt vom Standpunkt des Abgeordneten, der eben einen viel zu großen Wahlbezirk hat und dem Volke nicht sein kann, was er will und tatsächlich ist sein Abgeordneter. Anderen Kollegen wird es ebenso ergehen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei einer grundsätzlichen Änderung des Wahlrechts es schwerer fallen mag, Frauen oder eine gewisse Zahl prominenter Ständesvertreter in die Parlamente zu entsenden. Aber auch hierin scheinen die Befürchtungen übertrieben zu sein. Wer Abgeordneter werden oder es bleiben will, der müßte sich allerdings wieder mehr parteipolitisch betätigen, als es unter den heutigen Verhältnissen vielfach geschieht. Darin beruht aber schließlich doch ein nicht unwesentlicher Teil der Politik und der politischen Arbeit, daß Führer aus dem Volksleben herauswachsen, die das Volk zur Staatsgewinnung und zur positiven Mitarbeit am Staats- und Volksgange erziehen. Der Abgeordnete soll Führer sein und zugleich Verbindungsman zwischen Volk und Regierung. Bei der heutigen Größe der Wahlkreise kann kein Abgeordneter dieser Aufgabe richtig gerecht werden.

Eingekommen, daß die zu großen Wahlkreise mit ihrem Listenwahlrecht der Bildung neuer Parteigruppen, die reine Interessengruppen sind, direkt Vorschub leisten. Damit wird die Bedeutung des Parlaments und des parlamentarischen Systems für das gesamte öffentliche Leben untergraben und die Bildung der Regierung in jedem einzelnen Falle — ob im Reich oder bei den Ländern — erschwert und gefährdet. Bei einem anderen Wahlrecht wären kommunale und politische Kadaver, die nie in den Reichstag gewählt worden; wäre ein Gebilde wie die Wirtschaftspartei politisch unmöglich gewesen; würde die Aufwertungspartei nie eine Aussicht auf einen Abgeordnetenhabitus haben; wären Streikungen anderer einseitiger, persönlicher wirtschaftlicher und politischer Interessengruppen von vornherein zur politischen Mächtigkeit verurteilt. Verlangen in der Wahlrechtsfrage daher die großen Parteigruppen, so wird es eines Tages zu spät für eine vernünftige Wahlrechtsreform sein.

Die Gesetzgebung selbst wird unter der Mehrheit der Parteien sich immer schwieriger gestalten. Es wird immer mehr versucht werden, in jedem Gesetz alle möglichen Einzelheiten zu regeln. Die Gesetze sollten aber kurz und allgemein gehalten sein. Jedes verwickelte Gesetz bedeutet für die Praxis des Lebens eine Fülle von Rechtsunsicherheiten, von überflüssigen Prozessen, Verbitterungen und Ausgaben für den Staat und die einzelnen Bürger. Der Verwaltung und Rechtspflege bringt die heutige Gesetzgebung zu wenig Vertrauen entgegen, sonst würde nicht jede Kleinigkeit paragrafisiert und durch die Gesetzgebung selbst veranlaßt. Alles ruht nach Selbstverwaltung, und wenn sie in einem Gesetz zur Geltung kommen soll, dann hat sie nicht mehr zu „verwalten“, sondern nur noch darüber zu wachen, daß das Gesetz, in dem jede Frage in ihren Einzelheiten festgelegt ist, richtig angewendet und durchgeführt wird. Das Ganze nennt man dann noch Selbstverwaltung!

Ein Wahlrecht, das wieder richtige Bezirksvertreter neben einer kleineren Anzahl Proporzabgeordneten bringen würde, wäre geeignet, diese Mängel in der Gesetzgebung, wie in der Parteiarbeit, zu beheben, die Parteifreiheit zu beleben und das verflachte politische Interesse wieder wachzurufen. Die Zentrumspartei darf die Wahlrechtsfrage nicht zur Ruhe kommen lassen, sie wird noch die innerpolitische Frage des deutschen Volkes werden. Wer insbesondere die jetzige Staatsform erhalten und festhalten will, der tut gut daran, dem deutschen Volk ein Wahlrecht zu geben, unter dem es freudig wählt und wieder ein richtiges und gutes Verhältnis zu seinen Abgeordneten findet.

Aus der Begründung zum preussischen Befoldungs-gesetz.

Berlin, 7. Oktober. In der Begründung der dem preussischen Landtag zugegangenen neuen Befoldungsvorlage heißt es u. a.: Von Jahr zu Jahr mehr haben sich die Eingaben an die Regierung und an den Landtag um Befolgung der „Bitten“ der Befoldungsordnung, und jeder Versuch, diese Bitten auszugleichen, eine Blut neuer Eingaben hervor. Sicher ist, daß das ursprüngliche System in der Wirklichkeit längst nicht mehr besteht. Die Aufstellungstellen, die Schließungsgrundlagen und anderes mehr haben zu einer starken Verwicklung der ursprünglich klar von einander geschiedenen 13 Gruppen geführt, und damit indirekt zu einer Vermehrung. Neben dem im System der Befoldungsordnung liegenden Mangel muß auch die Höhe der Gehälter als zur Zeit unzureichend bezeichnet werden. Die Heraushebung einzelner naturgemäßer in der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates ihre Grenze. Die zur Verfügung stehenden Mittel müssen aber auch so verteilt werden, daß ein allgemeiner Abstand zwischen den verschiedenen Befoldungsgruppen besteht. Wenn man auch die Befoldungsgruppen muß, daß die preussische und die Reichsbefoldungsordnung in ihren wesentlichen Punkten übereinstimmen, so wird man das doch

nur auf die großen typischen Beamtengruppen bezogen werden und man wird den Sonderverhältnissen Preußens überall da, wo es notwendig ist, gegebenenfalls auch unter Abweichung von Reichsgrundsätzen, Rechnung tragen müssen. Bei der Bemessung der Gehälter war neben der gestiegenen Leistung der Beamten und schließlich auch die Befähigung gleichwertiger Tätigkeit in der Privatwirtschaft in Betracht zu ziehen. An wichtigen Stellen werden nach der Befähigung der Beamten und nach der Befähigung der Beamten und nach der Befähigung der Beamten...

Wie sollen die Kosten gedeckt werden?

Δ Berlin, 7. Okt. Die Mehr aufwendungen der Länder für die Beamtenbezüge betragen nach den Schätzungen für Preußen 180 Millionen Mark, für Bayern 58 Millionen Mark, für Sachsen 45 Millionen Mark, für Baden 17 Millionen Mark, für Thüringen 12 Millionen Mark, für Braunschweig 4 Millionen Mark und für Oldenburg 3 Millionen Mark. Da Steuererhöhungen zur Deckung dieser Kosten vermieden werden sollen, ist die Frage, wie die Kosten der Befähigungsreform gedeckt werden sollen, vorläufig offengelassen.

Das Denkmalschutzgesetz.

Δ Berlin, 7. Oktober. Der Hauptausschuss des preussischen Landtages setzte am Freitag die Vorberatung des Denkmalschutzgesetzes fort. Es lag eine große Anzahl von Änderungsanträgen vor. In der Abstimmung blieb es bei dem grundlegenden Paragraphen 1, der besagt, daß Denkmäler im Sinne dieses Gesetzes Objekte sind, deren Erhaltung wegen ihres geschichtlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Wertes im öffentlichen Interesse liegt und daß in Zweifelsfällen die Aufschlußbehörde entscheidet. Ein vom Zentrum eingebrachter und wieder zurückgezogener Antrag, wonach, wenn kirchliche Körperbauten Eigentümern sind, auch die kirchlichen Aufsichtsbörden zur Befestigung herangezogen werden, wurde von den Deutschnationalen angenommen und fand Aufnahme. Angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag dahingehend, daß von Besitz und anderen Veränderungen des Denkmals dem Landesdenkmalrat Anzeige zu erstatten ist und daß die Verpflichtung zur Anzeige dem Eigentümer, dem Besitzer oder dem gesetzlichen Vertreter des Eigentümers obliegt.

Der bayerische Justizminister vor dem Untersuchungsausschuss des Landtages.

Δ München, 7. Okt. Vor dem Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtages gab heute vormittag der ehemalige bayerische Justizminister Gürtner als Zeuge eine Darstellung der Vorgänge vom 1. Mai 1923. Gegenüber den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen, die damalige bayerische Regierung habe eine Einstellung des Verfahrens gegen Hitler und Genossen angetreibe, erklärte er, daß an eine Einstellung des Verfahrens wegen der Vorgänge am 1. Mai niemand gedacht habe, doch habe er geglaubt, es veranlassen zu können, daß die Hauptverhandlung vertagt wurde. Die Lage der bayerischen Regierung in diesem Prozeß sei eine sehr ungünstige gewesen, denn Hitler hätte sich darauf berufen können, daß die Behörden von seinem für den 1. Mai geplanten Unternehmern Kenntnis gehabt hätten, da er seine Absichten den Herren v. Höpfer und v. Seißer mitgeteilt hätte. Wenn sich nun jemand in einem Prozeß darauf berufen könnte, daß er die maßgebenden Behörden vor der strafbaren Handlung von dieser unterrichtet habe, so würde das dies zweifellos im Urteil zu Gunsten des Beschuldigten auswirken. Das alles hätte bei der Durchführung des Prozesses der Öffentlichkeit dargelegt werden müssen, und dies wäre nach seiner Überzeugung für die bayerische Regierung zur Katastrophe geworden. Deshalb sei Anweisung ergangen, das Verfahren in eine ruhige Zeit zu verlegen. Auf den Umfang der Voruntersuchung, erklärte Justizminister Gürtner, habe er nicht den geringsten Einfluß ausgeübt.

Die englischen Beziehungen zu Sowjetrußland.

Δ London, 7. Okt. Auf der gestrigen Konferenz der englischen Arbeiterpartei in Blackpool wurden auch auswärtige Fragen erörtert, darunter das Genfer Protokoll, das russische Problem und die Frage der Verhinderung von Kriegen. MacDonald trat für eine freundschaftliche, aber feste Politik gegenüber Rußland ein. Er stellte die Behauptung in Abrede, daß die Brüstungsvorschläge der Sowjetregierung von den kapitalistischen Ländern ignoriert worden seien, und sagte, die Sowjetregierung habe keinen ernstlichen Schritt unternommen, um freundschaftliche Beziehungen mit anderen europäischen Staaten zu erreichen. Dieser wünschenswerte Schritt könne nicht unternommen werden, bevor die Beziehungen zwischen der russischen Regierung und der dritten Internationale vollkommen klargestellt seien. MacDonald erklärte: „Wir stehen fast jedesmal, wenn wir ein Einverständnis mit der russischen Regierung zu erreichen wünschen, auf der Propaganda einer Organisation, die das Wohlwollen gegenüber Rußland bei Millionen von Leuten zerstört, die wirklich dieses Wohlwollen zu zeigen wünschen.“ Der neue Vorschlagsausschuss wählte Lansbury zum Vorsitzenden.

Die Sperrung der serbisch-bulgarischen Grenze.

Belgrad, 7. Oktober. Die Ermordung des jugoslawischen Brigade-Kommandanten von Stjep, Generalis Kowatschewitsch, durch mazedonisch-bulgarische Kommandanten hat die Belgrader Regierung zu sehr scharfen Maßnahmen bewogen. Noch gestern abend wurde der jugoslawische Gesandte in Sofia, Reskitch, telegraphisch angewiesen, der bulgarischen Regierung mitzuteilen, daß die jugoslawische Regierung die bulgarische Grenze gesperrt habe und niemand aus Bulgarien nach Jugoslawien übertreten dürfe. Ferner wurde Reskitch angewiesen, der bulgarischen Regierung mitzuteilen, daß die jugoslawische Gesandtschaft in Bulgarien verlassen würde, wenn die bulgarischen Behörden dem Attentäter von Stjep die Rückkehr nach Bulgarien gestatten sollten.

Gestern abend empfing Außenminister Marinkowitsch den Besuch des bulgarischen Gesandten Vatarelski, mit dem er eine zehn Minuten lange Unterhaltung führte. Hierauf erschien der französische Gesandte Dard, der eine Stunde lang beim Außenminister verweilte, und nach ihm, um 9 Uhr abends, besuchte der englische Gesandte Kennard den Außenminister, der erst nach 10 Uhr das Ministerium verließ. Die Gesandten Englands und Frankreichs erkundig-

Der Meinungsstreit um das Reichsschulgesetz.

Eine Doppelvorlage?

Von unserer Berliner Redaktion.
Berlin, 7. Okt. (Draht.)

Im Hinblick auf die Tatsache, daß sich der Reichsausschuss zur Zeit mit der Beratung der Reichsschulgesetzvorlage beschäftigt, spielt ein Berliner Blatt politische Vorlesung und hält in gewisser Weise schon jetzt für ausgemacht, daß der Reichstag die preussischen Anträge zum Reichsschulgesetzentwurf annehmen, so daß das Kabinett sich wahrscheinlich veranlaßt sehe, eine Doppelvorlage in den Reichstag zu bringen, d. h. seine eigene und die durch den Reichstag abgeänderte Vorlage. Es erscheint uns möglich, schon jetzt vorauszuversagen, bevor sich das Reichsstaatskabinett in seiner Schlußfassung endgültig entschieden hat. Selbstverständlich aber liegt allerdings die Möglichkeit sehr nahe, daß sich im Reichstag eine Mehrheit dafür ausspricht, es möchte der Reichsschulgesetzentwurf in Anlehnung an die Vorlage des preussischen Staatsministeriums abgeändert werden. Gegenwärtig jedoch läßt sich noch nicht sagen, in welcher Form dann die Vorlage vor das Forum des Reichstages kommt, ob der Entwurf nämlich nach den Beschlüssen des Reichstages umgeändert, d. h. in die Vorlage der Reichsregierung hineingearbeitet wird oder ob eine Doppelvorlage dem Reichstag zugeht. Das Reichskabinett wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der nächsten Woche noch einmal zusammenzutreten, um eine endgültige Entscheidung zu treffen. Man muß zunächst abwarten, wie die Beschlüsse des Reichstages ausfallen werden.

Inzwischen eröffnen die Gegner des Reichsschulgesetzes ein verächtliches Trommelfeuer. So hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer Sitzung am Freitag auf's schärfste gegen den Regierungsentwurf ausgesprochen und die „Abweisung aller Bestrebungen zur Konfessionalisierung der Volksschule“ gefordert. In verfechter Form wird also wiederum das intolerante Prinzip der völligen Verweigerung der Schule im Widerspruch mit der Gewissensfreiheit und zu dem Bestimmungssatz der Eltern proklamiert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion setzt sich damit auch in Gegensatz zu den sozialdemokratischen Ministern im preussischen Kabinett, die sich bei weitem nicht so intransigent gezeigt haben, wie ja ihre Unterschrift unter die Vorlage des preussischen Staatsministeriums beweist. Es liegt hier eine gewisse Parallele vor zu dem bekannten Meinungsstreit um die sogenannten Richtlinien, in welchen die deutschnationalen Minister des Reichskabinetts einen lokalen Vorgang befanden, während deutschnationale Väter und sogar Parlamentarier den wahren Sinn der Richtlinien zu verzerren suchten. Gerade die sozialdemokratische Presse nagelte dieses Doppelspiel als Unehrlichkeit fest. Im Kampf um das Reichsschulgesetz aber bietet das sozialdemokratische Lager ein gleich unwürdiges Schauspiel.

Mit welchen Waffen die Widersacher des Reichsschulgesetzes kämpfen, lehrt auch die Letztur eines Artikels des Demokratischen Zeitungsdienstes, in welchem der Versuch gemacht wird, eine ungeheure Verteuerung des Schulwesens als Folge des Redublierens herauszufinden. Und um den demokratischen Lesern das Grauen beizubringen, legt man frisch-schönlich die Phantasielagen von 500 Millionen in die Welt. Welch demagogischen Charakter dieser Bluff mit Millionenfiguren trägt, beweist ein Blick in die amtliche Denkschrift der preussischen Staatsregierung. Dort

findet sich nämlich die nüchterne Feststellung, daß auch ein Versuch, die Höhe der Mehrkosten zu berechnen, „nicht gemacht werden kann“, weil die entstehenden Kosten abhängig sind von der nicht genügend bekannten Stellung der Erziehungsberechtigten, von der Begriffsbestimmung des „geordneten Schulbetriebes“ und von der praktischen Anwendung dieser Begriffsbestimmung. Mehrkosten werden, wie die Denkschrift erklärt, nicht oder so gut wie nicht entstehen, „in denjenigen Schulverbänden, in denen die Abhaltung neuer Schulen wegen der Zahl der Schüler von vornherein nicht in Frage kommt, ferner in den größeren und größten Schulverbänden“. Und in welchem Umfang in allen anderen Schulverbänden Kosten entstehen werden, „ist auch nicht schätzungsweise vorauszusagen“. Endlich wird nachgewiesen, daß auch Bezugnahme auf die holländischen Verhältnisse für eine solche Voraussage „nicht brauchbar“ ist. Wer sich also in seinem fanatischen Kampfe gegen das Reichsschulgesetz solch unehrlicher Waffen bedient, wie es in dem genannten Artikel des Demokratischen Zeitungsdienstes der Fall ist, gibt indirekt selbst zu, daß er eine sehr saure Sache verliert.

Erledigung der ersten Lesung im Reichsstaatsauschuss.

Δ Berlin, 7. Okt. Der Reichsstaatsauschuss für das Reichsschulgesetz setzte heute seine Beratungen fort. Nach Erledigung der ersten Lesung des Reichsschulgesetzes vertagte sich der Ausschuss. Am Nachmittag tagte zunächst eine Unterkommission des Besoldungsausschusses, worauf am späten Nachmittag die Vollkommission für die Besoldungsreform ihre vertraulichen Beratungen wieder aufnahm.

Um den Zusammentritt des Reichstages.

Δ Berlin, 7. Okt. Ueber den Zusammentritt des Reichstages kann, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, auch heute noch nichts Endgültiges gesagt werden. Offiziell hält die Reichsregierung am 17. Oktober als Tag des Wiederzusammentritts fest. Innerhalb des Reichstages besteht jedoch die Auffassung, daß dieser Termin nicht eingehalten werden kann, weil die Reichsregierung zu gestimmt habe, daß zwischen der ersten Lesung des Reichsschulgesetzes im Reichsstaatsauschuss, die heute beendet wurde, und dem Beginn der zweiten Lesung eine Pause von einigen Tagen eintreten soll. Würde diese Pause durchgeföhrt, dann ließe sich die Schlußfassung im Plenum des Reichstages nicht vor Donnerstag nächster Woche erledigen.

Die vorläufige Stellungnahme der Sozialdemokraten.

Δ Berlin, 7. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war sich zwar einig in der Ablehnung des Reichsschulgesetzes, nahm aber von einer formulierten Stellungnahme vorläufig Abstand, da zunächst das Ergebnis der Beratungen des Reichstages über die Anträge der Länderregierungen abgewartet werden soll.

80 mal. Reichstagsminister Dr. Marx hat als preussischer Ministerpräsident nur vier Mal im Landtag geredet. Den absoluten Rekord hält der Komunist Karl Pieck, der in 307 Sitzungen insgesamt 248 Reden gehalten hat. Pieck hält auch insofern den Rekord, als er es fertig gebracht hat, in einer einzigen Sitzung 22 Mal zu sprechen.

General Heyne nach Amerika abgereist. (Δ Berlin, 7. Okt. General Heyne ist heute nach Amerika abgereist. Seine Vertretung hat General der Infanterie Reinhardt übernommen.

Landgerichtsrat Gellin vom Amte suspendiert. (Δ Breslau, 7. Okt. Landgerichtsrat Gellin, der vor einiger Zeit in einem hiesigen Weinlokal in Anwesenheit des Landtagsabgeordneten Hermann Wreslau einen das „Berliner Tageblatt“ lesenden Mann als Jude bezeichnet und den sich ins Mittel legenden Landtagsabgeordneten, der sich als Mitbürger des Mannes vorstellte, beleidigt hatte, ist nunmehr vom Amte suspendiert.

Albert Thomas in Berlin. (Δ Berlin, 7. Okt. Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes ist heute morgen in Berlin eingetroffen. Er hat zunächst mit dem Reichsarbeitsminister und dem Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums eine Reihe von Fragen besprochen, die sich auf die bevorstehende Tagung des internationalen Arbeitsamtes in Berlin beziehen. Anschließend hat er den Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden Besuche abgesehen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die französische Abberufungsnote in Moskau überreicht. (Δ Paris, 7. Okt. Die Note Parissien“ mittelt, ist die französische Note, in der die Abberufung Nakowitsch verlangt wird, heute nachmittag durch den französischen Botschafter in Moskau, Herbet, dem Außenkommissar Zschischlerin überreicht worden.

Japanisch-russischer Sibirienvertrag. (Δ Paris, 7. Okt. Die Agentur Judo-Pacifique meldet aus Tokio, daß die japanische Regierung ihren Botschafter angewiesen habe, mit Rußland sofort einen längeren Vertrag betr. die sibirische Küste abzuschließen unter Zurückstellung familiärer noch nicht geregelter Fragen.

Chamberlain in Paris. (Δ Paris, 7. Okt. Chamberlain ist heute vormittag aus Marseille kommend in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof vom Kabinetschef Briand begrüßt.

Morgen wird er an einem ihm zu Ehren am Quai d'Orsay gegebenen Frühstück teilnehmen, nach dessen Beendigung er mit Briand eine allgemeine Besprechung über die Außenpolitik haben wird.

Guerras Bruder erschossen.

Δ New York, 7. Okt. Eine Abteilung der mexikanischen Regierungstruppen „Alte in den Hügel südlich von Nogales Sonora den Bruder des früheren mexikanischen Präsidenten Guerras, Alfonso, in dessen Begleitung sich ein Freund und acht Quai-Indianer befanden. Alfonso Guerra und sein Freund sind erschossen worden. Die Indianer flohen. Guerra wurde vorgeworfen, den Versuch zur Organisation eines Indianeraufstandes gemacht zu haben. Nach weiteren Meldungen aus Mexiko soll General Gomez tatsächlich noch am Leben sein. Es heißt, daß er mit etwa 2000 Rebellen das Hügelgelände in der Nähe von Vera Cruz beherrsche. Die Regierungstruppen sollen bei ihrem Vormarsch gegen die Rebellen infolge des unübersichtlichen Geländes große Schwierigkeiten zu überwinden haben.

Die Petroleumgewinnung in Tampico stillgelegt.

Δ Beaumont (Texas), 7. Okt. Die hiesige Verwaltung der Magnolia Petroleumgesellschaft, eine Tochtergesellschaft der Standard Oil Company-Newport, erklärt, hat die Standard Oil Company angeordnet, daß alle zur Förderung und Verarbeitung der Petroleumgewinnung in Tampico (Mexiko) abtransportiert werden. Die Magnoliagesellschaft erklärte, daß die Petroleumgewinnung in Tampico wegen der bräutlichen Ausgrabungen seit einigen Monaten so gut wie eingestellt sei. Diese Angaben, zu denen noch die Transportkosten kämen, gestalteten es schwierig, die Petroleumausbeute von Tampico gewinnbringend zu verwerten.

Der Führer des Junkerflugzeuges über seinen Flug.

Δ Lissabon, 6. Okt. Nach seiner Ankunft in Lissabon erklärte der Führer des Junkerflugzeuges D. 1230 einem Vertreter der „Agence Havas“: „Ich folgte von Amsterdam in durchschnittlich 500 Meter Höhe der französischen Küste entlang und nahm die Richtung auf Lissabon, begünstigt vom Südwind, später vom Ostwind. Während des ganzen Fluges sandten wir Nachrichten an die Station Quessant, die hierauf antwortete. Wir erreichten bei herrlichem Wetter die spanische Küste und riefen Vigo an, das Antwort sandte. Alsdann folgten wir der portugiesischen Küste. Ungefähr 100 Kilometer vor Lissabon gerieten wir in dichten Nebel. Wir verließen mehrere Male Lissabon anzurufen, um uns die Richtung angeben zu lassen, ohne jedoch Antwort zu erhalten. Vor die Unmöglichkeit gestellt, den Flug fortzusetzen, beschloßen wir um 4.45 Uhr auf das Meer niederzusteigen. Da Lissabon nicht auf unsere Anrufe antwortete, entschloßen wir uns, auf dem Flug unserer Landung zu bleiben, der unserer Berechnung nach Santa Cruz sein mußte. Das Meer war glücklicherweise ruhig. Die Fischerboote in der Umgebung eilten zu Hilfe, aber infolge der Unmöglichkeit, uns verständigen zu können, ging der Pilot Doose an Land und versuchte, mit dem Fernsprechanlageapparat Lissabon zu erreichen, das jedoch immer noch nicht antwortete. Er übergab darauf dem Führer eines Automobils einen Brief an unseren Lissaboner Vertreter. In der Nacht wurde uns dann ein Schleppdampfer zur Hilfeleistung gesandt. Wir hofften, falls sich der Nebel zerliefen würde, bei Tagesanbruch Lissabon auf dem Luftwege zu erreichen, mußten uns jedoch entschließen, uns in Schlepptau nehmen zu lassen. Im übrigen war der Flug ausgerechnet, und wir hätten ihn fortgesetzt, wenn wir nicht durch den Nebel behindert worden wären. Die Motoren arbeiteten gut. Wir befürchteten einen Witterungsumschlag, wenn nicht, so hoffen wir in ein bis zwei Tagen wieder aufsteigen zu können, ohne jedoch die Versicherung geben zu können, ob wir den Flug fortsetzen, oder nach Deutschland zurückkehren werden.“

p. Vertretung. nachmittags erfolgte wagen und einer Abfall, waren die schreulichen, der ihr an der Kabinenspiele, nur gering Arbeiter gegen die Luftkondition; er herweise nur; Schuld trifft im o gerufen war um den Unfall allerdings es konnte Abstand Sanitätsauto in konnte allein nach

p. Anzeigen. Anzahl Personen und wegen Radfahrer

2. Geschäftsmann. Tage kann wieder wir in der letzten Bestimmung übergenzenges (Manuskript) Geschäftsbetrieb. und Hochziehen ein tot Herr W. Hallkerisches, der heu geben, bei dem S aufnahmewirken.

aparten Läden unrichtig. Der Unschönerung und m bel. Es ist ein l der Firma Herze jähriges Bestehen auch in dem neue

3. Der neue V. Almanach für d 28. Jahrgang d kannten Gewand Material, das k folander werden neben den bisher gen wofflichen Almanach ein 1928 in den Regi Arnberg und t

Wärte, das erstm geordnet ist, eine ermöglicht. Der Sagen, Gedichte i Reihe von Proben den ganzen Anha humoristische Bei nehmor machen, nehm beleben, achtet bleiben. Es viele Freunde fin

3. Apfthäuser. Dochoft. Heute Generaloberkammu und des Referate Novelle zum R. Es wird daher ge

3. Buchhalter. Stelle wird auf d Mitgliederverfamm reiche Teilnahme

n. Landwirte. beginnt am Donn werden im Sch

Der Start des D. 1230 verschoben. (Δ Berlin, 7. Okt. Die Junkerwerke erhielten ein Telegramm von heute früh aus Lissabon, in dem mitgeteilt wird, daß wegen schlechter Wetterlage der Start des D. 1230 verschoben ist.

Empfänge zu Ehren der Flieger. (Δ Lissabon, 7. Okt. Die deutschen Flieger wurden heute auf der deutschen Gesandtschaft empfangen und sie stellten sodann dem Staatsoberhaupt General Carmona einen Besuch ab. Heute nachmittag wurde vom Chef des Marineflugwesens und den portugiesischen Fliegeroffizieren für sie ein Empfang veranstaltet.

Flugzeugunglück in Rumänien. (Δ Bukarest, 7. Okt. Ein Flugzeug stürzte nahe der Stadt Buzau ab. Der Flugzeugführer wurde getötet, die drei Passagiere konnten sich mit Hilfe von Fallschirmen retten.

Wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten. (Δ Berlin, 7. Okt. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, sind vor dem erweiterten Schöffengericht des Amtsgerichts Neukölln heute der Prozeß wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Dr. Brauns wegen der Verleger Kopsch, den Drucker W. de sowie die Buchhändler Unger und Kramer statt. Der Anklage hatte sich der preussische Ministerpräsident als Beleidigter angeschlossen. Gegenstand der Anklage bildete eine im Winter 1926 bis 1927 erschienene Broschüre, in der in unbedeutender Weise behauptet wurde, der preussische Ministerpräsident habe sich von einem Herrn Oppenheimer im Jahre 1920 4 Millionen Mark zum Zwecke der sozialdemokratischen Propaganda überlassen. Der Angeklagte Kopsch wird wegen Vergehens gegen § 185 (üble Nachrede) mit 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Beleidigter, Ministerpräsidenten Brauns, wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil im „Vorwärts“, „Berliner Tageblatt“ und „Berliner Volksanzeiger“ je einmal zu publizieren. Sämtliche Broschüren sind einzuziehen und zu vernichten, begleitend die zu ihrer Herstellung benutzten Blätter. Die Angeklagten Kopsch, Unger und Kramer werden freigesprochen. Die Kosten werden, soweit freigesprochen, der Staatskasse, im Falle Kopsch dem verurteilten Angeklagten auferlegt. In der Urteilsverkündung stellte der Vorsitzende fest, daß die heutige Verhandlung ergeben habe, daß das Gegenteil der in der Broschüre gemachten Angaben den Tatsachen entspreche.

per
38g.
für den allgemeinen praedigenen u. vernünftigen Teil Frh Oesterh
für den gemeinen Hof u. m. für Handel Dr. W. A. Sattel, Bismarck
Grundriss. Für Wähler und den Wähler und Wähler von den
Wähler i. W. Berliner Revolution; Dr. Jäger und Dr. W. W.
Berlin SW, 11, für den allgemeinen intelligenten Hof, Stora, W.
Berling A. & A. Temming, Bismarck. Darstellen Schließung Dr.
Schm. Bismarck, für den öffentlichen intelligenten Hof, Kempten, Bismarck

